

# Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 90.— Mk., wöchentlich 22.50 Mk. Durch die Post monatlich 90.— Mk., vierteljährlich 70.— Mk. (franklos). In Pommern: monatlich 600.— Mk., poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Zeile 12.— Mk., von auswärts 15.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt nach bel. Tarif, die 3-spaltige Zeile 10.— Mk., von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 1945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 245

Mittwoch, den 18. Oktober 1922

13. Jahrgang

## Die Fasziengefahr in Deutschland.

Die Kommunisten waren stets die besten Förderer der Reaktion. Das zeigt am besten die neueste kommunistische Selbstat am letzten Sonntag in Berlin. Die Kommunisten glaubten, dadurch die Reaktion bekämpfen zu können, daß sie in ihrer „Roten Fahne“ öffentlich zur gewaltsamen Sprengung der Nationalistenversammlung aufforderten, daß sie für den Kampf auch ihre Sanitätskolonnen mitbrachten, daß sie einen alten Proletarier, der seinen Erwerb durch Verkauf von Zeitungen sucht, erbarmlich verprügelten, weil er auch das Reaktionsblatt „Deutsche Zeitung“ feilscht, und daß sie gegen die Schupo mit Steinen und Baumstämme und Messern vorgingen. Hätten die Kommunisten noch einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl gehabt, so hätten sie sich selbst sagen müssen, daß mit derartigen Gewalttaten die Reaktion nicht klein gemacht werden kann. Der ganze Erfolg dieser kommunistischen Zirkusattraktion besteht nur darin, daß die Reaktionsären Gelegenheiten hatten, die Verantwortlichkeit von ihrer eigenen Verantwortung abzuwälzen. Daß sie dazu alle Veranlassung hatten, zeigt der Verlauf der ganzen Zirkus-Busch-Veranstaltung. Nachdem durch das Gesetz zum Schutze der Republik die reaktionären Mörderorganisationen aufgelöst wurden, haben sie sich in letzter Zeit wieder neu gesammelt. Als eine solche neuerstandene Kampftruppe der Reaktion ist der „Bund für Freiheit und Ordnung“ anzusehen. In der Versammlung sollte über Deutschlands Not geredet werden. In welcher Weise diese Leute Deutschlands Not mildern wollen, zeigt ein Bericht über den Verlauf dieser „nationalen“ Versammlung, den wir der deutschvolksparteilichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entnehmen:

Unter einer großen schwarzweissen Fahne, auf die in goldenen Lettern die Worte: „Mit Gott für Kaiser und Reich“ geschliffen waren, hielten der deutschnationale Abg. Koverenz, der volksparteiliche Abg. Weikler sowie der deutschvolksparteiliche Pfarrer Wangemann politische Reden, die mit scharfen und teilweise höhnischen Worten gegen die angeblich die Regierungspolitik ablehnten. Zum Teil trugen die Ansprachen stark antisemitischen Einschlag. Abg. Koverenz bezeichnete die Erfüllungspolitik als hoffnungslos. Er rief die Leute, die eine Verständigung mit Frankreich suchen, seien Kastraten, die mit ihren dämlichen Papstfäulen „Die milder Krone“ umherzogen. Man mühte dem Beispiel der Türkei folgen und zu den Waffen greifen, aber wir würden wohl nichts erreichen, da es bei uns im Gegensatz zu der Türkei Sozialdemokraten gäbe. Der volksparteiliche Weikler sprach über die Feuerung. Seine Ausführungen wurden häufig unterbrochen von scharf antisemitischen Zurufen. Zum Schluß wurde von der Versammlung aufgefordert, einen nationalen Bund im Reichstag zu bilden. Der deutschvolksparteiliche Pfarrer Wangemann erging sich mit in antisemitischen Reden und behauptete, daß über Deutschland eine Epidemie lagere, die nur von den Juden herrühre. Die sogenannten Novemberdemokraten würden bei dem Reichsputsch im kommenden März sehr schnell Monarchisten werden. Man sollte deshalb sehr vorsichtig sein.

Zum Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der Hindenburg als nationaler Mann lobten und die Präsidentschaftskandidatur annehmen. Die Versammlung schloß mit Hochrufen auf Hindenburg, Mikward und das Hohenzollernhaus.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, es wäre zu untersuchen, was es mit diesem Bund eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen sich hinter der „einst harmlos und wünschenswertlich gegründeten Organisation“ befinden:

Die in der Versammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalistische, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im vorigen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Föhn, daß während der Weltung des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird.

Ganz ernsthaft spielen die Reaktionsäre also mit dem Gedanken eines Reichsputsches. Natürlich kamen die tüchtigsten Gewalttäter den kommunistischen Nachtputzschisten höchst gelegen, um ein großes Gefolge über die drohende Volksemissierung Deutschlands anzustimmen. Daß die Rührungen der Reaktionsradikalen die Republik ernsthafter bedrohen als die tüchtigsten Kriegsexperten der Kommunisten, ist für jeden objektiv Denkenden klar. Die Reaktionsradikalen haben eben noch

große Teile der staatlichen Verwaltung in ihren Händen. In Bayern fördert die Regierung ganz offensichtlich das Treiben der deutschen Faschisten. Wenn man dazu noch bedenkt, daß das deutsche Volk infolge der Entwertung der Mark einem Hunger- und Kältewinter entgegensteht, wie wir ihn noch nicht gehabt haben, so kann man die Gefahren ermessen, die Deutschland bedrohen.

Hoffentlich aber bewahrt sich die Mahnung, die der „Vormärts“ aus Anlaß der letzten Sonntagskrawalle an Volk und Regierung richtet: Im übrigen gibt es in Deutschland schließlich noch andere Leute als Anhänger Tschows und Verehrer von Max Höp. Es gibt noch andere Möglichkeiten, Politik zu treiben, als Attentate, Putsch, antisemitische Rabauversammlungen und kommunistische Sprengungsversuche. Die großen ökonomischen Probleme, vor allem das der Markstabilisierung und der Erleichterung der Reparationslasten, haben für die Arbeiterklasse mehr Bedeutung als Reisereten auf der Straße, die mit dem tragischen Ernst wahrer Klassenkämpfe nichts zu tun haben. Es ist darum zu wünschen, daß der blutige Zwischenfall vom Sonntag keinen Nachfolger finde und daß die Regierung die richtigen Mittel wähle, seine Wiederholung zu verhindern.

## Die bayerischen Faschisten.

Offenbar angeregt durch das Beispiel der italienischen Faschisten entsalteten die bayerischen „Nationalsozialisten“ in der letzten Zeit wieder eine lebhaftere Tätigkeit. Ihr Führer Hitler zieht mit seinem Stab von Ort zu Ort. In Rosenheim bewachte er längst mit seinen Leuten auf dem Marktplatz. In Bad Tölz erschien er, umgeben von seinen Bewaffneten in einer Versammlung. In Altdorf trat er mit drei Lastautos mit ungefähr 180 Mann auf, besetzte die Straßen des Ortes und ließ drei Arbeiter verprügeln. Am Sonntag war er unter Benutzung eines Extrazuges nach Coburg gefahren. Im bayerischen Oberland läßt er durch seine Leute in den Waffengeschäften Waffen aufkaufen. Die Regierung steht diesem Treiben tatenlos zu. Die Staatsanwaltschaft lehnt es ab, gegen die Landfriedensbrecher einzuschreiten.

## Die Frage der Neuwahlen in England.

Der politische Berichterstatter der „Daily Chronicle“ schreibt, wenn auf der Donnerstagssitzung der Unionisten Chamberlain von der Mehrheit unterstützt werde, so würde Lloyd George in Uebereinstimmung mit den unionistischen Führern wahrscheinlich dem König anraten, das Parlament unverzüglich aufzulösen. Wenn dagegen die Versammlung der Konservativen sich gegen die Fortdauer der Koalition erkläre, so würde Chamberlain, wie verläßt, zurücktreten, und mit ihm die meisten seiner Ministerkollegen. Man sei der Ansicht, daß in einem solchen Falle Lloyd George selbst zurücktreten und das Feld einem konservativen Führer überlassen werde, der in der Lage wäre, auf die Aufforderung des Königs hin eine konservative Regierung zu bilden und sich an das Land zu wenden. Es dürfte aber auch die Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden, daß Lloyd George und die zurücktretenden unionistischen Minister, in einem solchen Falle zu Neuwahlen angehalten, zusammenwirken könnten; sie könnten dann den Kern einer Zentrums Partei bilden.

## Beratungen der Reparationskommission.

Die geführte offizielle Nachmittagsitzung der Reparationskommission war der Erleuchtung laufender Angelegenheiten gewidmet (Lieferung von Wiederaufbaumaterial, Wiederherstellung der Bibliothek von Wien). Am Freitag findet eine halbamtliche Sitzung statt, auf der die durch den weiteren Markkurs geschaffene Lage und der Vorschlag von Sir John Bradbury geprüft werden soll. Es befaßt sich, daß Barthou einen Gegenvorschlag über die Kontrollmaßnahmen für die deutschen Finanzen vorlegen wird.

Nach dem „Journal des Debats“ ist im Augenblick nicht die Rede von einer Erörterung des französischen Gegenvorschlags in der Reparationskommission. Poincaré habe noch keine Entscheidung getroffen und die Sachverständigen hätten ihre Arbeiten noch nicht beendet. Für den Augenblick habe die französische Delegation von ihrer Absicht keine Mitteilung gemacht.

## Beratungen über die Reichspräsidentenwahl.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern mit der Reichspräsidentenwahl. Man kam zu dem Ergebnis, den Wahltermin des 8. Dezember festzuhalten. Sollte jedoch von anderen Parteien des Reichstages ein Antrag auf Abänderung der Reichsverfassung gestellt werden, ohne den eine Verschiebung der Wahl wünschenswert sei, so behält sich die Fraktion vor, zu ihm noch besonders Stellung zu nehmen. Auch das Zentrum und die Demokraten beschäftigten sich gestern in Fraktionssitzungen mit der Reichspräsidentenwahl. Ein endgültiger Beschluß wurde von beiden Fraktionen nicht gefaßt. Das Zentrum will zunächst die Stellungnahme der übrigen Fraktionen abwarten. Die Demokraten wollen sich im Eventualfall der Verlängerung der Präsidentschaft Oberts bis 1928 nicht verschließen, wenn sich die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei damit einigen würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern nachmittag neu konstituiert. Es wurde einstimmig ein Vorstand aus 15 Mitgliedern gewählt. In Fraktionsvorsitzenden wurden ebenfalls einstimmig gewählt Hermann Müller, Dittmann, Wels, Schellermann und Hante. Geschäftsführende Vorsitzende sind Hermann Müller und Dittmann. Zu Sekretären der Fraktion wurden Rothmann und Dr. Gey gewählt.

## Polnisch-französische militärische Vereinbarungen.

Ueber das Ergebnis der Pariser Reise des polnischen Generalstabschefs Sikorski meldet die offizielle polnische Telegraphen-Agentur, in den Verhandlungen Sikorskis mit den Leitern des französischen Militärwesens sei beschlossen worden, die bisher 90 Offiziere zählende französische Militärmission in Polen allmählich wesentlich zu kürzen. Dafür soll die Zahl der polnischen Offiziere, die ihre militärische Ausbildung in Frankreich erhalten, erhöht werden. Die Pariser Verhandlungen haben ferner, nach der offiziellen Meldung, sich auf das Zusammenwirken der Generalstäbe beider Länder und auf die Fragen der technischen Hilfsmittel und der Seeindustrie erstreckt.

## Sozialisierung von „unten“.

Von Hermann Tademann, W. d. Z.

Eine Entschädigung zur Sozialisierungsfrage, die der Leipziger Gewerkschaftskongress am 21. Juni d. J. angenommen hat, enthält die Aufforderung, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und zu diesem Zwecke die wirtschaftliche und finanzielle Macht der Arbeiterklasse in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen. Die Aufforderung ist formuliert an den Vorstand des ADGB gerichtet. Es wäre aber falsch, wollte die organisierte Arbeitnehmerschaft deshalb davon absehen, aus sich heraus die erforderliche Initiative zu entwickeln, um sofort überall im Reich, wo sich Anlaß oder Möglichkeit dazu bietet, im Sinne des erwähnten Beschlusses zu wirken. Unsere traurige Gegenwart mit ihrer chaotischen Wirtschaft, der ununterbrochenen Geldentwertung und den täglichen, in klandestinen Preissteigerungen auf allen Gebieten des notwendigen Lebensbedarfs greifbar werdenden, nach Gemeinwirtschaft! Und ist diese auch nicht mit einem Schlag und nicht in allen Gewerben gleichzeitig erreichbar, so liegt doch kein Grund vor, deshalb mit der Arbeit überhaupt nicht zu beginnen und auf jeden Versuch einer irgendwie ein Sozialisierung zu verzichten. Ist das etwa der Sinn des Sozialismus, daß alles durch den Staat geschaffen soll? Daß ohne vorherige Anordnung einer weisen Regierung kein Stück der alten Wirtschaft verrückt, ohne amtliche Genehmigung kein Schritt zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft unternommen werden darf?

Staatshilfe oder Selbsthilfe? Das ist also die Frage? Nein, es ist heute keine Frage mehr; sondern es liegt bereits außer Zweifel, daß das große Ziel nur erreicht werden kann, wenn beide — nebeneinander und miteinander, je nach Lage des Falles — in Anwendung gebracht werden. In bestimmten Gewerbebezügen, wie im Berg- und Hüttenwesen, wird eine Gemeinwirtschaft nur mit den gescheiterten und



## Danziger Nachrichten.

### Die Not der Lehrlinge.

Ganz besonders leiden unter dieser enormen Teuerung die Lehrlinge. Das Geld, welches sie erhalten und das sich noch hochvollerweise „Kostgeld“ nennt, dabei nicht einmal für ein Pfund Margarine langt, ist äußerst gering. Die Lehrlinge erhalten prozentual längst nicht das Geld, welches sie früher erhalten haben. Früher erhielt ein Lehrling im letzten Lehrjahre den 5 bis 7. Teil eines Gefellenlohnes und heute den 10. bis 15. Teil und auch noch weniger. Davon, daß das Kostgeld um das 100fache und die Preise weit über das 200fache gestiegen sind, ganz zu schweigen. Und dabei sträubten sich die Unternehmer mit aller Entschiedenheit gegen eine Erhöhung der Kostgebühren. Mit der Folge muß ihnen jeder Groschen aus der Tasche gezogen werden.

Die Lehrlinge müssen wohl alle genügend arbeiten. Die Unternehmer setzen schon allein dafür, daß keiner sich einer allzu großen Mühe erkreut. Ihre ganze Arbeitskraft wird rasch ausgenutzt, wie das selbst zum Teil bei Gesellen nicht der Fall ist. Trotzdem sehen sich die Herren nicht veranlaßt, die Lehrlinge besser zu bezahlen. Sie schaden sich jedoch nur selbst damit. Den Lehrlingen vergeht bei solcher Behandlung natürlicherweise jegliche Lust zu Arbeit und Beruf.

Eine zweite Folge der schlechten Bezahlung ist, daß unter diesen Umständen kein Mensch mehr in der Lage ist, seine Kinder in die Lehre zu schicken. Es ist geradezu unmöglich, daß ein Familienvater einen Sohn vier Jahre lang bei solch minimalem Lohn durchkutschert. Diese Folge hat sich in letzter Zeit bereits bemerkbar gemacht. Mancher Meister wartet vergeblich auf einen Lehrling. Die Eltern schicken ihre Söhne in die Fabriken als Arbeiter. Dieses ist einseitig nur auf die schlechte Bezahlung zurückzuführen. Denn jeder Vater würde, wenn er es nur irgend möglich machen könnte, seinen Sohn ein Handwerk erlernen lassen.

Für die Gewerkschaften ist es eine heilige Pflicht, für eine Bezahlung der Lehrlinge einzutreten. Mehr als je muß dieser Zweck Beachtung geschenkt werden.

### Die Zuckerpreise und die Marktpreisverordnung.

Die Zuckerpreisgestaltung war bereits häufig Gegenstand der öffentlichen Erörterung. Nach der vorjährigen Zuckerkampagne wurden vom Senat 200 000 Zentner für den inländischen Verbrauch bestimmt. Diesen Zucker gaben die Zuckerfabriken an die Raffinerien zum Preise von 5 bis 7 Mark das Pfund ab. Zu den Kleinhändlern kam aber nur ein Teil des Zuckers. Etwa im Juni kam es zur weiteren Zucker zum Preise von 19 bis 23 Mark das Pfund zum Kleinhandel. Im Kleinhandel setzte dann eine weitere Preissteigerung ein, die nun zu einer Reihe von Anklagen geführt hat. Der Kaufmann Ferdinand Hartmann in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen übermäßiger Preissteigerung zu verantworten. Er kaufte am 14. Juli Zucker zum Preise von 24,70 Mark ein und verkaufte ihn nach einem Monat, am 15. August für 40 Mark das Pfund. Andere sollen den Zucker sogar für 52 Mark verkauft haben. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 000 Mark. Der Verteidiger führte aus: Die Marktpreisverordnung des Wirtschaftsamtes vom 15. 7. 20 besteht noch. Für den Zuckerhandel habe damals auch eine Marktlage bestanden. Der Marktpreis habe 40 Mark betragen. Die Preissteigerung von etwa 18 Mark in einem Monat sei hervorgerufen durch den Dollarkurs. Der Dollar kostete beim Einkauf 400 Mark und beim Verkauf 1000 Mark. Unter Zugrundelegung dieses Dollarkurses rechnete der Verteidiger sogar noch einen Verlust des Angeklagten heraus. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde nur gesagt, daß das Gericht sich den Ausführungen des Verteidigers angeschlossen habe. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Neuentdeckte Fresken in der Marienkirche. Im Oktoberzeit der Ostdeutschen Monatshefte“ erzählt Professor Friedrich Ellmer von der Entdeckung neuer Fresken in der Turmhalle der Danziger Marienkirche. Früher hatte den Auftrag, den betreffenden Raum zu einem heiligen Versammlungsort für die Gemeinde auszubauen; die Unterführung der weisagenden Wände brachte hierbei den kostbaren Fund ans Licht. Der Berliner Maler Fey legte die Fresken frei. Die „Ostdeutschen Monatshefte“ betonen ihre Nachbildungen in sorgfältigen Aquarellen von Professor Fischer und Helene v. Heier. Sie geben der breiteren Öffentlichkeit Gelegenheit, das neuentdeckte Werk zu studieren. Ihre Entstehungszeit wird um das Jahr 1500 angesetzt, der Künstler selbst nicht mehr fest. Es handelt sich um eine große Komposition auf der Nordwand der Turmhalle, die eine Seestadt mit Wehrtürmen darstellt.

Schiedspruch im deutschen Baugewerbe. Im Arbeitsministerium fanden Tarifverhandlungen für das Baugewerbe statt, bei dem der Reichsverband der Handwerker und die verschiedenen Arbeiterorganisationen vertreten waren. Nach langen Beratungen sollte der Schlichtungsausschuss folgenden Schiedspruch: Die Oktoberbezüge sollen sich aufimmen auf einer einmaligen Zahlung an sämtliche Angestellte in Höhe von 30 Prozent des Augustlohnes. Ferner werden die Gehälter für alle Angestellte vom 1. bis 3. November um 12 Prozent, vom 6. bis 10. November um 13 Prozent und von da an um 16 Prozent gegenüber dem Septembergehalt erhöht. Diese Steigerung tritt bei allen Angestellten, bei Lehrlingen

und Büroangestellten nicht ein. Die Gehaltszulage ge bleibt unverändert. Die Arbeitergehälter werden um 100 Mark monatlich erhöht. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 19. 11. über. Sämtliche Arbeitnehmerbesitzer haben den Schiedspruch abgelehnt, während die Arbeiterbesitzer ihn annahmen.

### Zum Tode verurteilt.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen den Felzer Otto Rathke aus Prank wegen des Raubmordes bei Straßin-Prangsdorf wurden zunächst die beiden Kriminalkommissare vernommen, vor denen Rathke im Berlin das Geständnis abgelegt hat. Sie erklärten, daß das Geständnis ohne Beeinflussung im Zusammenhang vorgetragen wurde. Otto Rathke erklärte diese Ausführungen für Zug und Trug und wurde daher vom Vorsitzenden energisch gerügt. Der als Sachverständige vernommene Medizinalrat Dr. Rosenbaum schilderte die Schwerkriegsverletzungen des Ermordeten und kam zu dem Ergebnis, daß die beiden tödlichen Schüsse unmöglich bei dem angegebenen Mord zwischen M. und seinem Opfer abgegeben sein können.

Die Beweisaufnahme wurde dann geschlossen und den Geschworenen die Schuldfragen bekanntgegeben. Sie lauteten gegen Otto M. auf Mord in Verbindung mit schwerem Raub und auf unbefugtes Waffenbesitz. Die Schuldfrage gegen Fritz Rathke lautete auf Bestand um des eigenen Vorteils willen.

Staatsanwaltschaftsrat Grohmann fasste in seinem Plädoyer das Ergebnis der Voruntersuchungen und Verhandlung zusammen. Auch ohne das Geständnis vor der Berliner Polizei seien genügend Beweise erbracht, daß Otto Rathke der Täter ist. Schwer belastend für den ersten Angeklagten sei, daß er einige Tage vor der Tat seinen Revolver hat reparieren lassen und kurz nach dem Mordtage verkauft. Eigentümlich sei auch, daß O. Rathke in seinem widerrufenen Geständnis erklärte, am Morgen nach der Tat den Fischer Bloch getroffen zu haben. Er habe diesem Cognac angeboten und Geld geschenkt. Dieser Mann ist ermittelt worden und bestätigte den Vorgang. Der Angeklagte erklärte, daß die Berliner Beamten ihm die Antwort auf ihre Fragen gemißtrauischen in den Mund gelegt hätten. Es wurde jedoch festgestellt, daß den vernehmenden Beamten die näheren Vorgänge gar nicht bekannt sein konnten, weil die Akten sich noch in Danzig befanden. Bemerkenswert sei noch, daß das Geständnis erst nach sieben Monaten widerrufen worden sei. Es liege zweifellos Raubmord vor. Der Tote war ohne Oberkleidung und ohne Stiefel. Nach den früheren Auslagen hat M. die Kleider in die Nabe geworfen, um die Feststellung der Persönlichkeit des Toten zu erschweren. Das Geständnis sei zweifellos wahrheitsgetreu, bis auf einen Punkt, die Tat sei nicht in Notwehr, sondern mit Ueberlegung geschehen, um den Ostrowski zu berauben. Daß das Geständnis widerrufen sei, wolle nicht viel bedeuten, da es mit dem Tatbestand in vielen Punkten übereinstimme. Otto Rathke sei des Raubmordes schuldig. Fritz Rathke sei der Begünstigung schuldig. Er habe das Geld aufbewahrt, nach Bedarf nachgeschickt und auch persönlich überwacht. Wenn er auch anfangs auf die Frage nach der Herkunft des Geldes ausweichende Antworten erhalten habe, so stehe fest, daß er in Berlin die Wahrheit erfahren habe.

Der Verteidiger der Angeklagten versuchte die Tat als Totschlag darzustellen.

Die Geschworenen sprachen nach einhelliger Beratung den Angeklagten Otto Rathke des Mordes und des schweren Raubes unter Anwendung von Wassengewalt schuldig. Fritz Rathke wurde der Begünstigung aus Eigenmuth für schuldig befunden. Damit war das Schicksal der Angeklagten besiegelt. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Otto Rathke die einzige für Mord vorgesehene Strafe, die Todesstrafe, ferner dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen des unbefugten Waffenbesitzes 2 Jahre Zuchthaus. Gegen Fritz M. wurden 2 Jahre Zuchthaus beantragt.

Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht das Urteil. Der Angeklagte Otto Rathke wurde zum Tode verurteilt, ferner wegen unbefugten Waffensitzes zu einem Jahre Zuchthaus und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Urteil gegen Fritz Rathke lautete auf 1 Jahr, 6 Monate Zuchthaus, wovon 6 Monate als verbüßt gelten, weil er über 1 Jahr in Untersuchungshaft war. Otto Rathke nahm das Urteil ohne jede Gemüthsregung hin. Er brachte es sogar fertig, sich nach dem Antrage des Staatsanwalts mit seinem Verteidiger schließend zu unterhalten, während seine Angehörigen laut weinend im Zuschauerraum saßen. Der Angeklagte wurde gefesselt abgeführt und zeigte sich auch dabei völlig gleichgültig.

Versuchte Abtreibung. Eine unverheiratete Arbeiterin war schwanger und hat eine Wormalterin, sie von der Schwangerschaft zu befreien. Die Wormalterin versuchte, diesem Wunsche zu entsprechen, aber ohne Ergebnis. Die Arbeiterin wurde entbunden. Die Sache kam zur Kenntnis

des Bezirke und die beiden Frauen fanden nun vor der Wormalterin. Wenn das erschütterte Verdict einer Abtreibung wurde, so bekräftigt, daß das Gericht den Sachverhalt nicht an. Jede der Angeklagten erhielt zwei Monate Gefängnis. Der Arbeiterin wurde Strafverweisung erteilt. Die Strafe der Wormalterin wurde in 10 000 Mk. Geldstrafe umgewandelt.

100 000 Mark Geldstrafe wegen Preissteigerung mit Waff. Die Fleischermesserkraft Marie Ellers in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen übermäßiger Preissteigerung zu verantworten. Im Juni verkaufte sie das Pfund Markt für 70 Mark, am nächsten Tage für 75 Mark und am dritten Tage für 100 Mark. Sie wurde wegen übermäßiger Preissteigerung angeklagt und erhielt eine Geldstrafe über 10 000 Mark, gegen den sie Einspruch erhob. Vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt 70 000 Mark Geldstrafe und das Gericht ging über den Antrag hinaus und erkannte auf 100 000 Mark Geldstrafe wegen übermäßiger Preissteigerung, da eine Steigerung von 75 Mark auf 100 Mark in einigen Tagen nicht berechtigt sei.

Allgemeine Berleuerung. Die verheerend anhaltende Teuerung wird erneut durch die Großhandelsbesitzer der Danziger Stellung“ beleuchtet, die ergibt, daß die Großhandelsbesitzer der Waren am Anfang Oktober, also noch vor der erneuerten Beschleierung der Markt, 50 Pro. über den Anfangspreis der ermittelten Preisen lagen. Anfang dieses Monats waren die Preise von 98 Waren des Großhandels im Durchschnitt auf den 11fachen Friedenspreis ermittelt. In der Spitze markierten wieder Textilien, Leder usw. mit dem 77fachen Friedensstand, Lebens- und Genussmittel und ähnliche Waren standen auf dem 88fachen Vorkriegsniveau. Hauptgrund ist, daß der Teuerunggrad neben den vorwiegend aus Auslandsrohstoffen hergestellten Waren am stärksten bei Fertigfabrikaten der deutschen Industrie war. Diese haben sich von 27fachen auf den 30fachen Vorkriegsstand erhöht, also um mehr als 50 Prozent, um die sonst die Teuerung im Großhandel fortgeschritten ist. Das dürfte zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen sein, weil die Industrie mehr und mehr zur Fakturierung in Goldmark und damit zur schließlichen Anpassung an die Weltmarktpreise übergeht. Die Preise zeigen noch weiter eine stark steigende Tendenz, und diese Entwicklungsdirection wird noch stärker betont durch die Tatsache, daß seit dem 1. Oktober mit der Verkürzung der Prämien und dem neuen Kurs der Markt sowie den Abholpreiserhöhungen noch neue Momente eingebracht sind, die die Preise in die Höhe treiben. Dabei ist aber im Auge zu behalten, daß es sich um Großhandelspreise handelt, die der Preisentwicklung im Kleinhandel vorauslaufen.

### Aus dem Osten.

Elbing. Eine Teuerungsdemonstration fand gestern vormittag in Elbing vor dem Rathaus statt, veranstaltet von Schiffsbauern Arbeitern und von Arbeitern der hüttenmännischen Werke. Eine Abordnung der Arbeiter begab sich zu Oberbürgermeister Dr. Merz und trug die Wünsche der Arbeiter vor, die auf eine Verbindlichkeitsklärung des für die Metallindustrie gefällten Schiedspruchs, auf bessere Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und auf Einrichtung von Volkshäusern hinausliefen. Nach der im Rathaus stattgehabten Aussprache begab sich Oberbürgermeister Dr. Merz auf den Balkon und hielt an die unten versammelte Menge eine Ansprache. — Der Durchschnittslohn in der Metallindustrie betrage gegenwärtig 80 Mark die Stunde; durch den Schiedspruch ist dieser Lohn um etwa 6 Mark erhöht worden.

Wendburg. Ihren Verletzungen erliegen in die Schmirkerfrau Wenzel aus Salpeter, die bei dem von und berichteten Unglücksfall schwere Brandwunden erlitten hatte.

Altenheim. Ein Raubüberfall wurde in der Nacht zum Sonntag am dem 88 Jahre alten Bergmann Johann Piella verübt. Piella, der seinen hiesigen Wohnort in Düsselhof hat, hatte seinen Verhütungsvorsatz in Begleitung eines Johannsberg, verbracht. Während der Heimreise nach Düsselhof mußte er mit dem hiesigen Hofbesitzer, Augustin nehmen. Zu ihm gesellten sich zwei junge Leute. Der eine der beiden Leute erbot sich, ihm seine Wohnung zum Nachtlohn einzuräumen. Nach Angabe des Piella hat die Begleiter mit ihm nach einem hohen Tannenwald gegangen. Hier hat der eine ihm einen Faustschlag ins Gesicht gegeben, daß er betäubt in einen Graben fiel. Als er wieder zur Besinnung kam, sah er sich seinen Überzieher beraubt, in dem sich eine Portemonnaie mit 8000 Mark und hiesigen Auslandspapieren befanden. Der Beträubte fragte sich nach dem Wahnwort zurück und an die Gemarkungsbehörde. Zu seinem Leidwesen mußte er erfahren, daß der Raubüberfall bereits abgelehnt war. Der Schaden, den der Beträubte erleidet, beträgt sich auf etwa 6000 Mark.

Königsberg. Unantastbare Kaiserliche. Die Sozialdemokratische Fraktion im Provinzialparlament Ostpreußen hatte den Antrag gestellt, die Kaiserliche aus dem Bundesrat zu entfernen. Selbst die Sozialdemokratische Fraktion wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrum und der Demokraten abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, den Freiherrn v. Gahl als Vertreter Ostpreußens im Reichsrat in Anbetracht seiner Tätigkeit für den sozialistischen „Reinhardt“ und seiner Ablehnung des Gesetzes zur Schutze der Republik zu entlassen. v. Gahl war bekanntlich auch Organisator der hiesigen Arbeiterbewegung Mitte dieses Jahres.

Warschau. Große Untersuchungen sind bei der polnischen Landesdarlehnskasse entdeckt. Zwei höhere Beamte der Warschauer Zentrale für Sozialversicherungen haben 76 Millionen polnisch und 9 Millionen deutsch zum Schaden der polnischen Landesdarlehnskasse veruntreut. Auch Beamte der polnischen Landesdarlehnskasse sollen in diese Unterschlagungen verwickelt sein. Alle Defraudanten wurden verhaftet.





